

17/1
Nols
CDU
1970

J E T Z T R A N !

MIT HASSELMANN

NIEDERSACHSEN - PROGRAMM

der

C D U

Mai 1970



WORUM GEHT ES?

Bei der Wahl am 14. Juni geht es um eine klare Mehrheit.
Es gibt nur ein Entweder - Oder.

Entweder: eine SPD, die sich in über 20 Jahren Regierungsverantwortung verbraucht hat.

Oder: eine CDU, die mit Hasselmann Schwung in die Landespolitik bringen wird.

Entweder: eine SPD, die unser Land mit Bonn gleichschalten will, von inneren Reformen spricht, anstatt sie zu vollbringen und die die Preise davonlaufen lässt.

Oder: eine CDU, die nicht nur für die Sicherheit des Arbeitsplatzes und wachsenden Wohlstand, sondern auch für die Stabilität der Preise bürgt.

Unser Land ist nicht reich. Ohne Geld können wir weder Schulen noch Straßen bauen. Wir versprechen nicht, was wir nicht halten können. Wir sagen nur das, was wir wirklich tun werden.

Unser Hauptziel ist es, mehr Industrie in unser Land zu bringen. Nur das macht Niedersachsen krisenfest. Nur das sorgt für die Sicherheit des Arbeitsplatzes. Nur so bekommen wir mehr Geld ins Land. Nur so können wir Niedersachsen und seinen Einwohnern den Wohlstand schaffen, auf den sie Anspruch haben.

JETZT RAN!

Das werden wir tun:

1. BÜRGER UND STAAT

Der Staat ist für den Bürger da. Die Verwaltung darf nicht Selbstzweck sein.

Deshalb werden wir die Freiheitsrechte des einzelnen stärken und für den Schutz des Bürgers sorgen.

Die Unabhängigkeit der Rechtsprechung und des Richters sind für uns unantastbar. Die Besoldung muß dem entsprechen. Alle Zweige der Gerichtsbarkeit werden wir der Dienstaufsicht eines Rechtspflegeministeriums unterstellen.

Wir sind gegen eine "Parteibuchdemokratie". Allein die Leistung soll entscheiden. Wir werden dafür sorgen, daß die SPD künftig nicht mehr der Versuchung erliegt, sich mit dem Staat gleichzusetzen.

Wir reden nicht nur von Parlamentsreformen. Wir werden für eine größere Öffentlichkeit des Landtages sorgen. Die Bürger sollen wissen, was ihre Abgeordneten tun.

Die Gebiets- und Verwaltungsreform werden wir so zu Ende führen, daß sie eine bürgernahe Selbstverwaltung schafft. Die Landesregierung darf nicht eine Verwaltung mit "Wasserkopf" sein. Deshalb werden wir die Zuständigkeiten mehr nach unten verlagern. Nur daraus ergibt sich die Berechtigung für eine Gebietsreform.

Die Gemeinden, Städte und Landkreise unseres Landes müssen so leistungsfähig sein, daß sie mehr für den Bürger tun können. In einem Flächenland wie Niedersachsen verbieten sich starre Mindestgrößen. Wir werden beim Zuschnitt der neuen kommunalen Einheiten den Besonderheiten des Landes Rechnung tragen.

In allen Teilen unseres Landes müssen gleiche Lebensmöglichkeiten bestehen. Wir werden dazu mit einer wesentlichen Verstärkung des kommunalen Finanzausgleichs beitragen. Samt- und Einheitsgemeinden werden von uns gleichrangig gefördert werden.

2. DIE FAMILIE

Die Familie ist die wichtigste Gemeinschaft des Menschen. Aber auch der alleinstehende und die alten Menschen haben Anspruch auf die Solidarität der Gesellschaft.

Wir werden mehr für die Familie tun, vor allem für Einrichtungen der Familienerholung.

Die besonderen Belastungen der Frau, die häufig neben den Aufgaben in der Familie noch einen Beruf ausübt, erkennen wir nicht nur durch die gesetzliche Gleichberechtigung an. Zu ihr muß die wirkliche soziale Chancengleichheit kommen.

Überall im Lande müssen mehr Kinderspielplätze und -gärten entstehen.

Im Wohnungsbau haben für uns die Eigentumsmaßnahmen den gleichen Rang wie die Mietwohnungen. Eine Verbesserung der Wohngeldgesetzgebung muß zu sozial erträglichen Mieten führen. Durch die Modernisierung des Althausbesitzes werden wir brauchbare Wohnungen schaffen und zur Senkung des Mietniveaus beitragen.

Unsere besondere Sorge gehört unseren älteren Mitbürgern. Wir werden für sie Wohnungen so bauen, daß sie auch im Alter unter uns leben können. Alte Menschen gehören nicht in "Alten-Gettos".

3. DIE SCHULE

Die Schule von heute braucht die Dynamik, die die Zukunft verlangt. Unsere Kinder sind uns zu schade für Experimente von Ideologen. Schulen sind kein Selbstzweck. Sie haben dem Menschen, nicht einem System zu dienen.

Deshalb sind wir für ein Schulsystem, das bis in die Berufsschule hinein eng miteinander verzahnt ist. Keiner soll auf der Strecke bleiben. Jeder soll zu einem sicheren Abschluß kommen.

Wir werden im ganzen Lande Vorschulklassen einrichten. In ihnen werden die fünfjährigen Kinder auf die Schule vorbereitet. Sie werden das Schulleben unter gleichen Startbedingungen beginnen. In den Grundschulen werden wir für eine bessere Förderung des einzelnen Kindes sorgen. Die Individualität darf im Massenbetrieb nicht verloren gehen.

Die Orientierungsstufe im 5. und 6. Schuljahr soll dem Schüler helfen, seine speziellen Begabungen und Fähigkeiten zu erkennen und sich in der Vielfalt des Bildungsangebots zurechtzufinden.

Die Hauptschule muß berufssicher sein. Wer sie durchlaufen hat, soll für das Berufsleben gerüstet sein. Er soll können, was er für das Arbeitsleben braucht.

Dem Lehrermangel werden wir praktisch und unbürokratisch zu Leibe rücken.

Wir werden dafür sorgen, daß die Bildungsunterschiede zwischen den Ländern durch mehr Einheit im Schulwesen und weniger Föderalismus verringert werden.

Unser Geld für die Bildung muß dort eingesetzt werden, wo es sinnvoll Nutzen bringt. Mit wahllosen Wohltaten ist denen nicht geholfen, die wirklich Hilfe brauchen. Wir werden die Fahrtkosten der Schüler auf das Land übertragen. Vor der Lernmittelfreiheit steht für uns die Erziehungsbeihilfe zugunsten der Kinder, die sonst keine gleichen Chancen hätten.

4. DIE HOCHSCHULE

Wer mehr junge Menschen zum Abitur führen will, der muß auch für Studienplätze sorgen. Eine Studienreform, die nicht der Verbesserung der Studienbedingungen dient, verdient ihren Namen nicht.

Wir sind für den unverzüglichen Ausbau von drei Hochschulen in Oldenburg, Osnabrück und Lüneburg.

Die Kollegstufe am Gymnasium muß den Abiturienten besser auf das Studium vorbereiten. Die Studiengänge werden wir durchsichtiger machen. Den Studienstoff werden wir so gliedern, daß das Studium zügiger bewältigt werden kann.

Die Freiheit der Wissenschaft werden wir nicht aufs Spiel setzen lassen. Die Selbstverantwortung der Hochschule darf nicht ausgehöhlt werden.

Die Forderung nach "Demokratisierung" darf nicht zum zweifelhaften Schlagwort werden. In den Entscheidungsgremien der Hochschulen werden wir die Mitwirkung aller so herbeiführen, daß nicht die Arbeitsfähigkeit der Hochschule darunter leidet.

5. DIE FREIZEIT

Der Staat darf nicht die Freizeit reglementieren. Er muß dem Bürger mehr Gelegenheiten bieten, die Freizeit sinnvoll zu nutzen.

Der Mensch von heute muß bis in sein Alter hinein weiterlernen, um für die Arbeitswelt gerüstet zu bleiben. Wir werden deshalb die Einrichtungen der Fortbildung und der Erwachsenenbildung weiterhin verstärkt fördern.

Die Erholungs- und Fremdenverkehrsgebiete werden wir ausbauen und mehr Sport-, Spiel- und Freizeitanlagen schaffen. Wir werden das Angebot von Einrichtungen verstärken, die der Fortbildung und dem Kulturleben dienen.

6. DIE GESUNDHEIT

Das Gesundheitswesen ist bisher zu kurz gekommen. Die Leistungsfähigkeit des Menschen, der in der modernen Industriegesellschaft besonderen Belastungen ausgesetzt ist, muß besser gesichert werden.

Deshalb werden wir das System von Allgemein- und Spezialkrankenhäusern ausbauen. Dazu muß eine besser ärztliche Versorgung auf dem Lande kommen.

Wir werden gegen die Verschmutzung unserer Gewässer und gegen die Verpestung der Luft kämpfen. Wir werden dafür sorgen, daß der Lärm stärker eingedämmt wird.

Die Maßnahmen für die gesundheitliche Rehabilitation der Kriegs-, Arbeits- und Unfallopfer werden wir verstärken. Der Unfallschutz muß ständig verbessert werden. Am Arbeitsplatz ebenso wie im Verkehr und in der Freizeit.

Die private Initiative in der Krankenpflege und in der Krankenversicherung sehen wir als eine praktische Frucht der Nächstenliebe an, die nicht verkümmern darf.

7. DIE WIRTSCHAFT

Vollbeschäftigung und Wohlstand werden nur durch sichere Arbeitsplätze garantiert. Es darf in Niedersachsen keine armen Gebiete geben.

Deshalb werden wir vernachlässigte Landesteile stärker fördern. Der Zonengrenzraum darf kein Ödland sein.

Wir werden auch künftig die regionale Wirtschaftsförderung als erste Aufgabe unserer Wirtschaftspolitik ansehen. Wir werden die Vorteile des Küstenraumes in unserem Land noch besser nutzen.

Verstärkte Industrieansiedlung ist zugleich die beste Mittelförderung.

Zur wirtschaftlichen "Aufrüstung" unseres Landes gehört die Verbesserung des Straßennetzes. Mit einem Straßenbaufinanzierungsgesetz werden wir den Ausbau der Landstraßen sichern.

Unsere Agrarpolitik hat das Ziel, die Lage der Menschen auf dem Lande zu verbessern. Mit der industriellen Entwicklung unseres Landes wächst die Bedeutung der Landwirtschaft über die einfache Erzeugerfunktion hinaus. Nur eine gesunde Landwirtschaft kann eine gesunde Landschaft erhalten.

Im Mittelpunkt der Förderung steht für uns der entwicklungs-fähige landwirtschaftliche Vollerwerbsbetrieb. Wir werden moderne Vermarktungsmethoden zur Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit besonders unterstützen. Die steuerliche und rechtliche Benachteiligung der überbetrieblichen Zusammenarbeit werden wir beseitigen.

Den Arbeitskräften, die aus der Landwirtschaft ausscheiden, werden wir Möglichkeiten zur vernünftigen Umschulung schaffen.

8. DAS GELD

Niedersachsen darf kein armes Land bleiben. Durch Industrieansiedlungen werden wir den Wohlstand vergrößern und für das Geld sorgen, ohne das wir die notwendigen Reformen nicht in die Tat umsetzen können.

Wir werden darauf drängen, daß die Finanzreform fortgesetzt wird. Das Steuergeld der Bürger muß auf Bund, Länder und Gemeinden nach dem Bedarf, nicht aber nach der Zufälligkeit des Aufkommens aufgeteilt werden.

Die Finanzplanung werden wir mit unseren Plänen zur Entwicklung des Landes so abstimmen, daß Einnahmen und Ausgaben in Gegenwart und Zukunft miteinander in Einklang sind. Jedem Bürger muß das Soll und Haben Niedersachsens sichtbar sein.

Wir werden das Landesvermögen mobilisieren, daß es mehr Nutzen für die Entwicklung des Landes bringt. Niedersachsen ist zu arm, um sein Vermögen brach liegen lassen zu können.

Mit einer kleinen Steuerreform werden wir die Vergnügungs-, Schankerlaubnis- und Getränkesteuer wegfallen lassen, um die Wettbewerbsverzerrungen auf diesem Gebiete zu beseitigen. Die finanziellen Interessen der Gemeinden werden wir dabei durch einen sachgemäßen Ausgleich wahren.

9. NIEDERSACHSEN UND DEUTSCHLAND

Unser Land ist Teil eines größeren Ganzen, das für uns Deutschland heißt. In der Bundespolitik hat Niedersachsen bisher nicht die Geltung, die ihm zukommt.

Wir werden deshalb dafür sorgen, daß sich das Gewicht unseres Landes in der Bundespolitik verstärkt. Niedersachsen darf nicht das Schlußlicht bleiben. Zwanzig Jahre SPD-Regierung haben daran nichts geändert.

Im Bundesrat werden wir die Interessen unseres Landes so zur Geltung bringen, wie es das Wohl Niedersachsens verlangt. Wir weigern uns entschieden, uns von der Bundespolitik ans Gängelband legen zu lassen. Gleichschaltung kommt für uns nicht in Frage.

In der Deutschland- und Ostpolitik sind wir für einen Kurs, der die Versöhnung auch mit den Völkern im Osten sucht, ohne dabei elementare Rechte zu verspielen. Ein geteiltes Volk hat nichts zu verschenken, am wenigsten sein Recht, eines Tages wieder in einem Staat vereint zu sein.

Verschenken Sie Ihre Stimme nicht.

Die Entscheidung fällt allein zwischen CDU und SPD.